

„Stromtrassen-Protest nach Europa tragen“

Freie Wähler aus Leinburg und ganz Franken sprachen sich in Straßburg für eine regionale Energiewende aus

STRASSBURG/FRANKEN (fwg) – Eine Delegation freier Wähler aus verschiedenen fränkischen Landkreisen hat das Europäische Parlament in Straßburg besucht – darunter auch FW-Politiker aus Leinburg. Die Reise nahmen sie unter anderem zum Anlass, sich mit ihrer „Straßburger Erklärung“ gegen die geplanten Stromtrassen und für eine regionale Energieerzeugung auszusprechen.

Auf Einladung des Europaabgeordneten Arne Gericke war eine große Delegation freier Wähler aus Franken nach Straßburg gefahren. Dazu gehörten die Leinburger Gemeinderätin Margit Dickas, der neue Erste Vorsitzende der Freien Wähler Leinburg, Hubert Galozy, und sein Vorgänger Peter Dietl, jetzt Vorstands-Dritter. Begleitet wurden sie außerdem von Hans Martin Grötsch, dem Landtagskandidaten für den Stimmkreis Hof, und Vertretern der Bürgerinitiativen gegen den Süd-Ost-Link, viele davon aus der Gemeinde Leinburg.

Die Freien Wähler üben in Sachen Stromtrassen den Schulterchluss mit den Bürgerinitiativen: „Energiepolitik hat eine starke europäische Dimension. Wer bei uns in Bayern die Stromtrassen stoppen und eine dezentrale Bürgerenergie fördern will, muss in Europa die Weichen richtig stellen.“ Deshalb wurde eine Öffentlichkeits-Kampagne für die dezentrale Energiewende gestartet. Mit der „Straßburger Erklärung“ erteilen Politiker und Bürger der „von Großkonzernen geprägten Interessenspolitik bei der Energieversorgung“ eine entschiedene Absage.

Erste Station der Mission waren das Europaparlament sowie eine Gesprächsrunde mit dem Abgeordneten. Gebannt verfolgte die Reisegruppe im Anschluss daran von der Tribüne des Plenarsaals aus einen wahren Abstimmungsmarathon.



Präsentieren die „Straßburger Erklärung“ (von links): Peter Dietl, Doris Lehnerer, Hans Martin Grötsch, Dörte Hamann, Arne Gericke, Hubert Galozy, Margit Dickas, Heinz-Günther Scheffer, Birgit Sitzler und Sabine Bias. Foto: Privat

Bei einem eintägigen Kommunalgipfel in der Parlamentarischen Gesellschaft wurde konstruktiv gearbeitet. Wünschenswert sei ein starkes Europa der Bürger und ihrer Regionen, so die themenübergreifende Feststellung. Dazu berichtete die amtierende oberfränkische Bierkönigin Christina Pollnick über die Herausforderungen regionaler Märkte und Wertschöpfungsketten in der Bierbranche. Ihr Plädoyer: „Regionale Vielfalt schützen und vor Ort den Einzelhandel stärken.“

Ausführlich wurden Möglichkeiten zur Förderung der dezentralen Energiewende diskutiert. Vor vollem Haus berichteten Dörte Hamann

vom Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse und Hubert Galozy von Freie Wähler Leinburg über den aktuellen Stand der Planungen. Es gibt eine Vielzahl von Vorbehalten gegen den in ihren Augen überdimensionierten Netzausbau, der für massiven Protest entlang der Gleichstromtrassen und gegen die Wechselstromtrasse P44mod sorgt, die auch durch das Nürnberg Land führen soll.

„Auch bei der Energieerzeugung ist es ein bisschen wie mit dem Bier“, so Galozy. „Ist es nicht besser, verstärkt regional erzeugten Strom zu kaufen? Unsere Stadtwerke vor Ort leisten bei der Energiewende hervorragende Arbeit. Hier geht es um die

Existenz.“ Es sei dringend notwendig, für einen demokratischen Wandel des Energiemarktes zu kämpfen, denn das bedeute große wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen und erspare „teure und naturzerstörende Stromtrassen“.

Unterstützt von Arne Gericke präsentierten die Freien Wähler gemeinsam mit den BI-Vertretern am Ende des Podiums deshalb ihre „Straßburger Erklärung“ mit der Forderung, nachhaltige Bürgerenergie-Konzepte mit dezentraler Struktur zu entwickeln und auf Monstertrassen zu verzichten. Mit der Kampagne www.buergerenergie.eu stoße man genau diese Debatte an.